

## Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag.<sup>a</sup> COLLINI, Mag. HOFER-GRUBER und Mag.<sup>a</sup> KOLLERMANN gemäß § 60 LGO 2001

zum Verhandlungsgegenstand TOP 5, Ltg.-229/P-3-2018, Vorlage der Landesregierung, NÖ Pflichtschulgesetz 2018

### betreffend „**Parteipolitik raus aus den Schulen. Erarbeitung eines Grundsatzpapiers und Maßnahmenkataloges zum Rückzug der parteipolitischen Einflussnahme aus der Schulverwaltung**“

Eine umfassende Erneuerung unseres Schulsystems wird auch mit der im Bund beschlossenen Bildungsreform 2017 nicht möglich sein. Die bürokratische und parteipolitische Gängelung der Schulen droht leider weiterhin umfassend zu bleiben. Das kann nicht im Sinne der niederösterreichischen Schüler\_innen, Lehrer\_innen und Eltern sein. Mit den Bildungsdirektionen wurde die Zwitterstellung der Behörde nun gesetzlich einzementiert. Anstatt für klare Verhältnisse und Zuständigkeiten zu sorgen, können sich die Landeshauptleute auch zukünftig den Zugriff auf das Schulsystem sichern, indem sie sich einfach selbst zum Präsidenten der neuen Behörde machen und damit auch weiterhin weitreichende Möglichkeiten zur Einflussnahme auf sich vereinen.

Unter diesen Vorzeichen kann die Reform des Bildungssystems kaum gelingen.

Auch der Rechnungshof hat diesen Umstand mittlerweile erkannt und schreibt unter anderem in seinem Bericht über Tagesbetreuung von Schülerinnen und Schülern:

*"Der Rechnungshof empfiehlt, die Kompetenzzersplitterung bei einer umfassenden Bildungsreform aufzulösen - denn auch mit dem Bildungsreformgesetz 2017 erfolgte keine Entflechtung. Dieser Zustand erschwert den koordinierten Einsatz der Steuermittel."*

Die Verwaltungsstruktur des österreichischen Schulsystems ist damit nach wie vor zu teuer, zu ineffizient und in parteipolitischen Logiken gefangen. Auch wir fordern nachdrücklich, dass sich die Macht- und Parteipolitik aus der Schulverwaltung sowie dem gesamten Bildungsbereich zurückzieht. Diesem gemeinsamen Bekenntnis sollen sich die Landesregierung sowie alle Landtagsfraktionen verpflichten. Das Land Niederösterreich und insbesondere die Frau Landeshauptfrau könnte hier ein Zeichen setzen, indem Sie, wie ihr Amtskollege in Salzburg, darauf verzichtet als Präsidentin der Bildungsdirektion in Niederösterreich vorzustehen.

Die Gefertigten stellen daher den

### Antrag

Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. "Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass der partei- und machtpolitische Zugriff auf das Bildungssystem zukünftig hintangehalten wird. Mittels eines - gemeinsam von der Landesregierung und den Landtagsfraktionen zu erarbeitenden - Grundsatzpapiers soll das Bekenntnis zu einem Rückzug der Parteipolitik aus der Schulverwaltung festgeschrieben und ein dahingehendes Maßnahmenpaket definiert werden.
2. Die Landeshauptfrau wird aufgefordert, auf die Position der Präsidentin der Bildungsdirektion zu verzichten.

3. Die Landesregierung wird aufgefordert, das zur Durchführung dieses Beschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Mag.<sup>a</sup> Collini

Mag. Hofer-Gruber

Mag.<sup>a</sup> Kollermann